

Wie der "gemeinsame" Afghanistan-Appell der Friedensbewegung entstand und was daran zu kritisieren ist!

LUFTPOST

Friedenspolitische Mitteilungen aus der
US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein
LP 152/10 – 16.07.10

Einige Anmerkungen zu dem "gemeinsamen" Afghanistan-Appell der Friedensbewegung

LUFTPOST, 16.07.10

Die zitierten Dokumente erscheinen in gerader, unsere Anmerkungen in kursiver Schrift.

Zur Vorgeschichte

Mit der 2. Rundmail des Kasseler Friedensratschlags vom 20.05.10 verbreitete Peter Strutinsky vom Bundesausschuss Friedensratschlag folgenden Anhang (Die Hervorhebungen wurden zur Verbesserung der Lesbarkeit von uns hinzugefügt.):

Anhang: Einladung zu einer Afghanistan-Konferenz der Friedensbewegung

EINLADUNG zu einer bundesweiten Konferenz der Friedensbewegung

Während der Afghanistan-Krieg eskaliert und die Ablehnungsquote des Krieges in der Bevölkerung anhaltend hoch ist, tut sich die Friedensbewegung nach wie vor schwer, den Protest wirkungsvoll auf die Straße zu bringen. Uns scheint sowohl eine Verbreiterung des Protestes (z.B. unter Einbeziehung weiterer sozialer Bewegungen) als auch eine Zuspitzung unserer Forderungen (einschließlich der Festigung der Ablehnungsgründe) notwendig zu sein.

Hierzu soll eine von der gemeinsamen Initiative der Friedensbewegung ("Dem Frieden eine Chance - Truppen raus aus Afghanistan") vorbereitete bundesweite Konferenz beitragen, zu wir herzlich einladen.

Konferenz der Friedensbewegung

Am Sonntag, den 30. Mai 2010, 12.30 Uhr bis 17 Uhr
In Kassel, Café Buch-Oase (Germaniastr. 14)*

Vorgesehene Tagesordnung mit Zeitplan:

1. Politische Situation und Perspektiven am Hindukusch: Referent: Dr. Matin Baraki (Universitäten Marburg/Gießen) Anchl. Diskussion (12:30 bis 13:30 Uhr)

2. Die gegenwärtige Afghanistan-Diskussion und Schlussfolgerungen für die Friedensbewegung (13:30 Uhr bis 14:15 Uhr)

Pause (14:15 bis 14:30 Uhr)

3. Bisherige Aktivitäten der Friedensbewegung zu Afghanistan, Rückblick und Ausblick auf die zukünftige Zusammenarbeit (14:30 bis 15:15 Uhr)

4. Aktivitäten gegen den Krieg (Kurzvorstellungen) (15:15 bis 16:45 Uhr)

- a) Unterschriftensammlung
- b) Konferenz mit VENRO (voraussichtlich 8./9. Okt.)
- c) Aktionstage 1. bis 4. September und 7. bis 9. Oktober
- d) Aktivitäten zur Mandatsverlängerung Februar 2011
- e) Afghanistan-Tribunal 7. bis 9. Oktober 2011
- f) Koordination internationaler Afghanistanaktivitäten

5. Verschiedenes und Verabschiedung (16:45 bis 17:00 Uhr)

Mit besten Grüßen

Susanne Grabenhorst (Kooperation für den Frieden)

Peter Strutynski (Bundesausschuss Friedensratschlag)

Da auch der Herausgeber der LUFTPOST die Rundmails des Friedensratschlags erhält, hat er mit einer Vertreterin des Ramsteiner Appells und insgesamt 30-40 weiteren Personen aus verschiedenen Organisationen an der Konferenz teilgenommen.

Weil der für den einführenden Vortrag vorgesehene Referent wegen einer missverständlicher Terminabsprache nicht erschien, begann die Konferenz verspätet mit einleitenden Bemerkungen Peter Strutinskys.

Auf den Text der unter 4.a) angegeben Unterschriftensammlung hatten sich verschiedene nicht näher bezeichnete Organisationen bereits vor der Konferenz verständigt. Er wurde als Tischvorlage vom Bund für soziale Verteidigung / BSV verteilt und lautete:

Den Krieg in Afghanistan beenden! Zivil helfen!

Wir fordern von Bundestag und Bundesregierung:

- ☞ Stopp aller Kampfhandlungen
- ☞ den sofortigen Beginn des Abzuges der Bundeswehr aus Afghanistan
- ☞ den Einsatz der frei werdenden Gelder zur Verbesserung der Lebensbedingungen der afghanischen Bevölkerung nach deren Bedürfnissen

So haben ein selbstbestimmter Frieden und der zivile Aufbau in Afghanistan eine Chance.

Auf Nachfrage wurde erklärt, der vorliegende Text sei das Ergebnis langwieriger Verhandlungen und könne nicht mehr geändert werden. Jede Organisation, die sich an der Unterschriftenaktion beteiligen wolle, habe aber die Möglichkeit, auf der Rückseite der Unterschriftenlisten eigene Aussagen und Ergänzungen zu veröffentlichen.

Eine bereits auf der Konferenz vorgetragene Textkritik

Den Krieg in Afghanistan können nur die USA und die NATO, aber keinesfalls die genannten Adressaten Bundestag und Bundesregierung beenden.

Zivile Hilfe aus der Bundesrepublik ist erst nach Beendigung aller Kampfhandlungen und nach dem Abzug aller fremden Truppen aus Afghanistan sinnvoll, weil zivile Hilfsgelder zur Zeit zum großen Teil in die Taschen der Taliban fließen und mit großem Aufwand errichtete zivile Bauprojekte wie Brücken kurz nach der Fertigstellung häufig wieder zerstört

werden (s. http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_09/LP18509_280809.pdf).

Die Bundeswehr könnte noch nicht einmal die Kampfhandlungen in Ihrem Verantwortungsbereich im Norden Afghanistans stoppen, weil die mittlerweile dort ebenfalls agierenden 5.000 US-Soldaten sich mit großer Wahrscheinlichkeit nicht an eine nur von dem deutschen Kontingent mit den Taliban vereinbarte Waffenruhe halten werden (s. http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_10/LP13110_180510.pdf).

Der Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan kann erst nach einem mit den afghanischen Aufständischen und der Taliban-Führung ausgehandelten, im deutschen Verantwortungsbereich auch von den US- und anderen NATO-Truppen eingehaltenen Waffenstillstand beginnen. Vorher muss sich die Bundesregierung auch mit den USA und der NATO über einen Ausstieg aus dem ISAF-Mandat und über die Rückzugsmodalitäten einigen.

Natürlich muss sich die Bundesrepublik an der Wiedergutmachung der auch von der Bundeswehr in Afghanistan angerichteten Kriegsschäden und dem Wiederaufbau des zerstörten Landes beteiligen. Sinnvolle zivile Hilfe kann aber erst nach Beendigung aller Kampfhandlungen und nach dem Abzug aller fremden Truppen aus Afghanistan geleistet werden.

Auch ein selbstbestimmter Frieden und der zivile Wiederaufbau sind erst möglich, wenn die USA und die NATO ihren völkerrechts und verfassungswidrigen Angriffskrieg in Afghanistan beenden.

Dass der Afghanistan-Krieg mit den bis heute ungeklärten Anschlägen am 11. September 2001, der wahrscheinlich infamsten Lüge und dem schändlichsten Betrug des 21. Jahrhunderts, begründete wurde, war natürlich keiner Erwähnung wert (s. dazu auch http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_10/LP12710_130510.pdf).

Die Bundesrepublik Deutschland leistet natürlich nicht nur mit ihrem ständig wachsenden Bundeswehrikontingent Beihilfe zu diesem seit dem Nürnberger Prozess gegen führende Nazis als "schwerstes aller internationalen Verbrechen" gebrandmarkten Angriffskrieg" (s. http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_09/LP18109_240809.pdf).

Die US-Streitkräfte und besonders die US-Air Force nutzen ihre Basen in Deutschland seit dem Korea-Krieg bis zum aktuellen Krieg in Afghanistan in allen vom Pentagon angezettelten Konflikten zur Vorbereitung ihrer Kampftruppen und zur Lagerung und zum Transit von Waffen und sonstigem Nachschub (s. dazu auch http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_09/LP27209_071209.pdf). Wer den Afghanistan-Krieg wirklich möglichst schnell beenden will, muss natürlich auch ein sofortiges Verbot der Nutzung von Militärbasen auf unserem Territorium und die Einbeziehung des Luftraums über der Bundesrepublik zur Vorbereitung und Führung völkerrechts- und grundgesetzwidriger Angriffskriege fordern, wie es zum Beispiel der Ramsteiner Appell tut (s. <http://www.ramsteiner-appell.de/>).

Die Pressemitteilung zum Afghanistan-Appell

Unbeeindruckt von der von mehreren Konferenzteilnehmern geteilten Kritik am Text des Afghanistan-Appells wurde er mehrheitlich so "beschlossen" und am 16.06.10 mit folgender Pressemitteilung der Öffentlichkeit vorgestellt:

Mitteilung an die Medien

Berlin, 16. Juni 2010: Gestern haben die großen Friedensorganisationen in Berlin den ge-

meinsamen Appell "Den Krieg in Afghanistan beenden - zivil helfen" vorgestellt. Der Appell fordert den sofortige Beginn des Abzugs der Bundeswehr aus Afghanistan. Die Friedensbewegung erhofft sich mit diesem Appell, dass die Diskussion in alle gesellschaftlichen Bereiche getragen und der Protest breite Unterstützung finden wird.

Der Appell enthält drei klare Forderungen: Die Bundeswehr müsse "alle Kampfhandlungen" beenden, "sofort" mit dem Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan beginnen und die dadurch frei werdenden Gelder zur Verbesserung der Lebensbedingungen der afghanischen Bevölkerung einsetzen. Nach Auffassung der Friedensbewegung sind das die unverzichtbaren Voraussetzungen für einen "selbstbestimmten Friedensprozess" in Afghanistan.

Unterstützung erhält die Friedensbewegung vom P.E.N. Zentrum Deutschland. Dessen Präsident Johano Strasser verwies bei der Vorstellung auf eine Resolution, die der Schriftstellerverband auf seiner jüngsten Jahrestagung einstimmig verabschiedet hat und worin das Scheitern des Kriegseinsatzes konstatiert und der Wunsch nach einem "raschen Abzug" der Bundeswehr geäußert wird. Johano Strasser wörtlich: "Das Ergebnis des Krieges ist verheerend." Der P.E.N. Präsident unterschrieb als erster demonstrativ den Appell der Friedensbewegung.

Für die Friedensbewegung ist das Engagement des Schriftstellerverbands Ausdruck des wachsenden Unmuts in der Bevölkerung über den "verheerenden Krieg". Christine Hoffmann von der katholischen Friedensbewegung pax christi erinnerte in der Pressekonferenz an die Erklärung des Fuldaer Bischofs und pax-christi-Präsidenten Algermissen: "Mut zur Wahrheit: Der Militäreinsatz ist gescheitert". Sie fordert ein Ende der Kampfhandlungen, weil nur dann ziviler Aufbau und Versöhnung möglich sind. Für Monty Schädel, Vertreter der Kooperation für den Frieden und Geschäftsführer der Deutschen Friedensgesellschaft-Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK) war der Afghanistan-Krieg von Anfang an falsch. "Krieg machen kann jeder; jetzt braucht es den Willen zum Frieden." Peter Strutynski, Sprecher des Bundesausschusses Friedensratschlag, wies auf die steigenden Kosten des Krieges hin. Nach einer aktuellen Untersuchung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung belastet der Einsatz am Hindukusch, wenn man alle Folgekosten hinzu rechnet, den Bundeshaushalt mit dem Dreifachen dessen, was der Verteidigungsetat offiziell angibt: Statt 1,059 Mrd EURO müsse mit drei Milliarden pro Jahr gerechnet werden. Eine Beendigung des Krieges wäre also ein echter und zudem "sozialverträglicher" Beitrag zum Schuldenabbau des Bundes - selbst wenn eine Mrd. davon für die Lebensbedingungen der afghanischen Bevölkerung eingesetzt würde.

Der Unterschriftenappell soll nun über die bundesweiten Organisationen und die vielen lokalen und regionalen Initiativen der Friedensbewegung in der Bevölkerung verbreitet werden. Er wird in die Kirchen und Gewerkschaften, in andere soziale Bewegungen, Parteien und Verbände, in Schulen und Hochschulen, in Betriebe und Verwaltungen hinein getragen. Bei einigen Organisationen (z.B. unter www.frieden-mitmachen.de) kann der Appell auch online unterzeichnet werden.

Für die Friedensbewegung:

Susanne Grabenhorst (Kooperation für den Frieden)

Peter Strutynski (Bundesausschuss Friedensratschlag)

Der Text auf der Vorderseite der Unterschriftenliste zum Afghanistan-Appell hat jetzt folgendes Aussehen (s. https://www.dfg-vk.de/dateien/afgh-appell2010_mitmachen_01.pdf):

Den Krieg in Afghanistan beenden - zivil helfen!

Wir fordern von Bundestag und Bundesregierung:

- ☞ den Stopp aller Kampfhandlungen
- ☞ den sofortigen Beginn des Abzuges der Bundeswehr aus Afghanistan
- ☞ den Einsatz der frei werdenden Gelder zur Verbesserung der Lebensbedingungen der afghanischen Bevölkerung nach deren Bedürfnissen

So haben ein selbstbestimmter Frieden und der zivile Aufbau in Afghanistan eine Chance.

Vorname Straße E-Mail

Nachname PLZ Ort Unterschrift

Bitte senden Sie mir weitere Informationen zur Kampagne gegen den Krieg in Afghanistan.

Geändert wurde die Überschrift der Vorlage: Die beiden dort noch getrennten Aufforderungen sind jetzt durch einen Bindestrich verbunden. Der ersten Forderung "Stopp aller Kampfhandlungen" wurde ein "den" vorangestellt.

Fazit

Es ist außerordentlich bedauerlich, dass sich führende Repräsentanten verschiedener Organisationen der Friedensbewegung nach "langen Verhandlungen" auf diesen fragwürdigen Text, dessen Forderungen sich zum Teil an die falschen Adressaten richten, geeinigt und ihn in Umlauf gebracht haben.

Besonders schwerwiegend ist der fehlende Bezug auf die Verfassungswidrigkeit des Afghanistan-Krieges, die unter Bezugnahme auf den Rücktritt des Bundespräsidenten Horst Köhler leicht zu thematisieren gewesen wäre (s. http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_10/LP15010_070610.pdf).

Völlig unverständlich bleibt das Aussparen der zentralen Rolle, welche die Basen der USA und der NATO in unserem Land bei der Vorbereitung und Führung nicht nur des völkerrechtswidrigen Angriffskrieges in Afghanistan spielen. Das wird vor allem das Pentagon freuen, weil es seine besonders kriegswichtige Infrastruktur in der Bundesrepublik auch weiterhin ungestört nutzen kann. Die lokalen Friedens- und Bürgerinitiativen in der Nähe der US-Basen, die ja auch massenhaft Unterschriften sammeln sollen, werden in ihrem Kampf gegen die ständig wachsenden militärischen Belastungen völlig allein gelassen. Sollte das auf den wachsenden Einfluss der Rosa-Luxemburg-Stiftung auf die Friedensbewegung zurückzuführen sein? Diese der Partei DIE LINKE nahestehende Einrichtung hat in ihrem Thesenpapier "Anforderungen an deutsche Friedenspolitik" ja auch schon fast völlig auf Kritik an der aggressiven völkerrechtswidrigen US-Kriegspolitik verzichtet. (s. dazu nochmals http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_10/LP12710_130510.pdf)

Mit derart wachweichen, unpräzisen Appellen kann weder der Afghanistan-Krieg beendet, noch der drohende Iran-Krieg verhindert werden. Es bleiben wie immer nur die in diesem Fall besonders leicht zu beantwortenden Fragen: "Wem nutzt das?" und "Welche Absichten werden mit dieser sehr verengten Orientierung der deutschen Friedensbewegung verfolgt?"

www.luftpost-kl.de

VISDP: Wolfgang Jung, Assenmacherstr. 28, 67659 Kaiserslautern